



Eine
andere Stadt
ist möglich!

Lutz Boede

Oberbürgermeisterkandidat DIE aNDERE



Wahlprüfsteine der Initiative **Potsdamer Mitte neu denken zur Oberbürgermeisterwahl der Landeshauptstadt Potsdam vom 12. Juni 2018**

Die Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* fühlt sich den Grundsätzen der nachhaltigen Stadtentwicklung verpflichtet. Ökologische, wirtschaftliche und soziale Anforderungen an die Gestaltung der Stadt müssen unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zum Wohle der Allgemeinheit miteinander in Einklang gebracht werden, so dass eine dauerhafte zukunftsfähige Reproduktion des Lebensraums Stadt gewährleistet ist.

Aus der Perspektive dieses Selbstverständnisses wenden wir uns an die Bewerberinnen und Bewerber für das Potsdamer Oberbürgermeisteramt, um ihre Position zu Prozessen der Stadtentwicklung zu erfragen.

-
- 1. Nachhaltige Stadtentwicklung**
 - 2. Fehlentwicklungen**
 - 3. Beteiligung der Bürger*innen**
 - 4. Stärkung der Stadtteile – funktionale und soziale Mischung**
 - 5. Stadtwachstum und Flächennutzung**
 - 6. Stadt und Geschichte**
 - 7. Rechenzentrum und Kultur- und Kreativwirtschaft**
 - 8. Wohnen**
-

1. Nachhaltige Stadtentwicklung

Das erwartete Bevölkerungswachstum stellt Potsdam in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss versuchen, diesen Wachstumsprozess zu steuern, indem ökologische, wirtschaftliche und soziale Teillösungen zu einer Gesamtstrategie verbunden werden.

Welchen Beitrag kann ein*e Oberbürgermeister*in diesem Prozess leisten und welche Akzente wollen Sie setzen?

Als Oberbürgermeister möchte ich dafür Sorge tragen, dass die Stadtentwicklung nach demokratischen Prinzipien erfolgt und alle wichtigen Belange in Einklang bringt. In Potsdam wurde in einem langen Prozess unter Beteiligung von Vereinen, Verbänden und Bürger*innen ein Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt und beschlossen. Dieser legt fest, welche Flächen wie genutzt werden können, wo Grünflächen erhalten werden und wo Schulen entstehen. Derzeit unterläuft die Stadtverwaltung immer wieder diese Leitplanung. Da werden im FNP festgesetzte Grünflächen in Gesprächen mit Investoren mal schnell als Erweiterungsflächen für Bauvorhaben angeboten oder Leute unterstützt, die Wald billig kaufen um diesen zu Bauland zu vergolden. Damit muss Schluss sein! Der Flächennutzungsplan muss für die gesamte Verwaltung grundsätzlich verbindlich sein und kann nicht immer wieder zugunsten privater Verwertungsinteressen ausgefranst werden. Diese Grundhaltung kann der OBM auch in der Bauverwaltung durchsetzen.

Im Rathaus muss endlich wieder bedarfsorientiert und nachhaltig geplant werden. Es muss darum gehen, intakte Stadtteile zu bauen, in denen von der Kaufhalle bis zum Sportplatz alles fußläufig erreichbar ist. Aber letztlich entscheidet vieles nicht der Oberbürgermeister, sondern die Stadtverordnetenversammlung.

2. Fehlentwicklungen

Die Stadt Potsdam hat in den letzten Jahrzehnten eine gute Entwicklung genommen. Dennoch sind Probleme nicht zu übersehen, die auf Versäumnisse und Fehlentwicklungen zurückzuführen sind.

Welche Versäumnisse und Fehlentwicklungen würden Sie gern korrigieren?

Hat die Stadt denn wirklich eine so gute Entwicklung genommen? Es wurde viel Tafelsilber verscherbelt und die hohen Mieten haben viele Menschen aus der Stadt verdrängt. Ich würde natürlich gern die vielen Grundstücksverkäufe rückgängig machen, die die Rathauskooperation getätigt hat. Die Stadt Potsdam hätte viel weniger Probleme beim Bau von Schulen und Kitas, wenn sie nicht Grundstücke und Schulgebäude verkauft hätte. Natürlich würde ich auch gern die Abrissexzesse gegen in der DDR Gebautes korrigieren. Besonders schade finde ich den Abriss des Ernst-Thälmann-Stadions, des FH-Gebäudes, des *Hauses des Reisens* und des Busbahnhofes am Bassinplatz. Diese Bauwerke sind leider verloren.

Eine absolute Fehlentwicklung ist auch die Ansiedlung der kompletten Hochschulen außerhalb der Stadt. Ich hätte gern einiges davon am Alten Markt und an den Kasernenstandorten in der Berliner Straße und Jägerallee gehabt. Das hätte erheblich zur Belebung der Innenstadt beigetragen.

Aber ich will nicht nur Fehler bei anderen suchen. Im Nachhinein denke ich, ich hätte mich persönlich stärker für den Bau des Niemeyer-Bades am Brauhausberg einsetzen sollen. Und vielleicht hätten wir auch ein Abwahlbegehren gegen **Jann Jakobs** starten sollen, nachdem dieser die letzten Bürgerbegehren so antidemokratisch abgewürgt hat.

3. Beteiligung der Bürger*innen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, Bürger*innen an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen. Jedoch wurde mehrfach die Kritik geäußert, dass die Beteiligungsverfahren so vorstrukturiert waren, dass sie Mitwirkung an Entscheidungen simulierten, aber im Kern nicht tatsächlich gestatteten. Bei einigen kontroversen Themen, wie z.B. der Entwicklung der Potsdamer Mitte wurde, aktive Beteiligung sogar verhindert.

Bei welchen Themen werden Sie Beteiligung initiieren?

Es darf keine wichtige stadtpolitische Entscheidung ohne Bürgerbeteiligung mehr geben. Über zentrale Fragen wie das Leitbautenkonzept, den Aufbau der Garnisonkirchenattrappe, die Verlagerung des Strandbades oder den Abriss der Biosphäre sollte die gesamte Bevölkerung direkt abstimmen können. Allerdings müssen solche Bürgervoten durch die Bürgerschaft selbst oder durch ihre gewählten Stadtverordneten initiiert werden. Aber ich würde als Oberbürgermeister diese Prozesse unterstützen, statt den Initiator*innen Rechtsanwälte auf den Hals zu hetzen und Gerichtskosten aufzubürden – wie das die SPD-Amtsinhaber immer getan haben.

Wichtig wäre auch, unser Konzept *Städtische Betriebe unter Bürgerkontrolle* umzusetzen. Ich möchte, dass die Stadtbevölkerung über Sponsoringleistungen, das Stadtwerkefest oder strategische Unternehmensentscheidungen mitbestimmen kann.

Wie soll Ihrer Meinung nach der Beteiligungsprozess gestaltet werden, so dass Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen der Kommune gelingen kann?

Über die strittigen Grundsatzfragen der Stadtentwicklung müssen die Bürger*innen direkt abstimmen können. Warum kann man nicht parallel zu Wahlen ein Votum der Bevölkerung zu strittigen Fragen der Kommunalpolitik abfragen? Bei komplexen Fragestellungen bieten sich aus meiner Sicht Workshops und Werkstattverfahren an. Diese sollten nicht mehr von handverlesenen Planungsbüros organisiert werden, sondern von der Werkstatt für Beteiligung. Der Bürgerhaushalt benötigt endlich Stadteifonds und ein festes Budget, damit er nicht dauerhaft ein unverbindlicher Kummerkasten bleibt.

Welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sehen Sie bei den Planungen zum Entwicklungsgebiet Krampnitz, um neben der baulichen Nachverdichtung und Erweiterung auch Wohnungen mit bezahlbaren Mietpreisen und ein soziales Leben in Vielfalt zu ermöglichen?

Ich halte Bürger*innenbeteiligung in einem Stadtteil, in dem noch keine*r wohnt, für schwierig. In Krampnitz wird es wirklich darauf ankommen, dass Verwaltung, Entwicklungsträger und Stadtverordnete die Fehler der letzten Jahre vermeiden. Für den Potsdamer Norden muss schnell eine tragfähige Verkehrsanbindung geschaffen werden mit Bahnanschluss von Marquardt bis Gesundbrunnen, mit Tram-Verlängerung über Krampnitz nach Marquardt und mit einem Radschnellweg über Krampnitz nach Fahrland oder Marquardt. Am günstigen wäre es für die Mietpreise in Krampnitz natürlich, wenn die *Deutsche Wohnen AG* noch vor die Tür gesetzt werden könnte. Allerdings stehen die Chancen wohl schlecht, weil der SPD-Filz in den letzten Jahrzehnten ungünstige Voraussetzungen geschaffen hat. So wird es darauf ankommen, auf den verbleibenden Flächen preiswert zu bauen und einen möglichst hohen Anteil der Wohnungen im städtischen Bestand zu halten.

4. Stärkung der Stadtteile – funktionale und soziale Mischung

Die Lebensqualität für die Bewohner einer Stadt hängt in hohem Maße davon ab, wie die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung räumlich und sozial verteilt sind. Leitbilder nachhaltiger Stadtentwicklung wie Dichte und Mischung können für politische Entscheidungen Orientierungen vorgeben.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die funktionale und die soziale Mischung der Stadtteile fördern? Wie wollen Sie der sozialer Segregation und funktionalen Trennung entgegenwirken? Was werden Sie zur Stärkung der Stadtteile und ihrer Zentren tun?

Die Stadt benötigt in allen Stadtteilen eigene Grundstücke und Wohnungen, um diese soziale Mischung zu ermöglichen. Denkbar ist auch ein Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen in Stadtteilen mit einem geringem Anteil von Geringverdienenden. Außerdem benötigen die Stadtteile Begegnungsräume und städtebauliche Funktionen, die über das Wohnen hinausgehen.

Bei der Planung weiterer Wohnungen muss die erforderliche Infrastruktur von Anfang an mit berücksichtigt werden. Für die Entwicklung lebendiger Stadtteile ist es sinnvoll, beim Wachstum der Stadt auch die Ortsteile maßvoll einzubeziehen. Größere Ortsteile können wohnortnahe Versorgungsstrukturen besser tragen.

5. Stadtwachstum und Flächennutzung

Städte sind Territorien, die eine räumliche Dichte baulicher, funktionaler und soziokultureller Strukturen aufweisen und an ihren Rändern in den ländlichen Raum hinauswachsen. Innerhalb der Stadtgrenzen bieten sie den Bewohner*innen Räume, die der öffentlichen, gemeinschaftlichen und privaten Nutzung offenstehen.

Welche Prioritäten sollte Ihrer Auffassung nach die Landeshauptstadt Potsdam setzen, um bei dem durch künftiges Wachstum verursachten Flächenverbrauch ein ausgewogenes Verhältnis von innerstädtischer Verdichtung und weiterer Zersiedelung des vom Freiraum geprägten Umlandes zu wahren?

Bei der Verdichtung der innerstädtischen Bereiche ist aus meiner Sicht inzwischen ein stadtverträgliches Maß an vielen Stellen überschritten. Aus meiner Sicht sollten zunächst keine weiteren Bauflächen mehr ausgewiesen werden, die im geltenden Flächennutzungsplan noch nicht vorgesehen sind. Das für die nächsten Jahre prognostizierte Bevölkerungswachstum der Stadt kann eigentlich nicht weiter forciert werden. Sonst wird die Qualität als grüne Stadt am Wasser zerstört.

Eine weitere Verdichtung ist meines Erachtens vorrangig in den Ortsteilen sinnvoll. Aber dadurch müssen auch vorhandene Strukturen gestärkt werden. So kann der Bau des Stadtteils Krampnitz zu einer Verbesserung der Verkehrsanbindung des gesamten Potsdamer Nordens genutzt werden und zur Ansiedlung neuer Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote führen.

Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um Ihre Prioritätenwichtung umzusetzen?

Gerade in den innerstädtischen Bereichen muss der Flächennutzungsplan (FNP) eine Bank sein. Ohne triftige Gründe darf nicht am FNP vorbeigeplant werden. Die Stadt ist keine Kapitalanlage. Bei allen Planungen ist es absolut unerlässlich, die Bevölkerung frühzeitig zu beteiligen und deren Belange in den konkreten Planungen zu berücksichtigen.

Welche Prioritäten sollte Ihrer Auffassung nach die Landeshauptstadt Potsdam setzen, um zu garantieren, dass der weitere Stadtausbau nicht zu Lasten der öffentlich genutzten Flächen geht (z. B. Parks, Waldgebiete, Gartenanlagen, Seen und Gewässer, Uferbegrenzungen)?

Die Stadt muss vor allem die eigenen Planungen durchsetzen, die der Flächennutzungsplan vorsieht. Und sie muss aufhören, ihre Grundstücke zu verscherbeln. Der Flächenverbrauch kann auch reduziert werden, wenn an geeigneten Ecken der Stadt in die Höhe gebaut wird. Aber auch Garagenstandorte und ausufernde Parkplatzflächen müssen in Frage gestellt werden. Das ist auch alles im Rahmen der normalen Stadtentwicklung machbar. Eine andere Stadt ist möglich.

Welche Maßnahmen sollte die Stadt ergreifen, um für die Einwohner*innen den Zugang zu öffentlichen Räumen für Kultur, Sport und Erholung zu erhalten und auszuweiten?

Potsdam benötigt mehr Räume für Kunst und Kultur. Es kann nicht sein, dass in privaten Ausstellungshallen Bilder aus aller Welt gezeigt werden, aber Potsdamer Künstler*innen keine bezahlbaren Arbeits- und Ausstellungsräume finden. Ein absoluter Dauerbrenner ist auch der Mangel an Bandprobenräumen. Hier möchte ich schnell die Finanzierung von Proberäumen im Archiv und Freiland anschieben und den Bau eines Bandhauses auf den Weg bringen. Als Standort bietet sich meiner Meinung nach der Parkplatz im Freiland an.

Schulsportflächen sind noch immer häufig nach 16 Uhr für den Freizeitsport verschlossen. Das kann ein Oberbürgermeister vergleichsweise einfach ändern. Schwieriger wird es, die fehlenden Sportplätze zu schaffen. Hier ist eine Verdichtung bestehender Anlagen sehr sinnvoll. Außerdem darf kein Schulneubau mehr ohne wettkampfmaßige Platz geplant werden.

6. Stadt und Geschichte

Der Umbau der Potsdamer Mitte ist von heftigen Kontroversen begleitet und hat zur deutlichen Polarisierung der Stadtgesellschaft geführt. An der Oberfläche kreist der Streit um einige markante Gebäude (z. B. Fachhochschule, Hotel Mercure, Garnisonkirche), im Wesen greift er aber tiefer und berührt den Umgang mit Ressourcen, Geschichte und Zivilgesellschaft.

Was sind aus Ihrer Sicht Gründe für den stadtpolitischen Streit?

Dass der Streit um Potsdams Stadtmitte so unerbittlich geführt wird, liegt vor allem daran, dass der Stadtumbau mit geradezu missionarischem Eifer verfolgt wird. Ohne Rücksicht auf die Belange anderer und koste es, was es wolle, setzen hier einflussreiche Personen und Gruppen ihre Vorstellungen vom barocken Idealbild der Innenstadt um. Dazu kommt, dass diese Leute zu den zentralen Fragen der Stadtentwicklung bis heute ein Votum der Bevölkerung blockiert haben und sich einer demokratischen Klärung verweigern. Stattdessen steht in der Potsdamer Mitte die Machtfrage: Wem gehört die Stadt? Und die Antwort wurde durch die Rathauskooperation in den letzten Jahren nie gewaltfrei und demokratisch gegeben, sondern mit Abrissbaggern und Hinterzimmerdeals.

Welche Zukunft sehen Sie für die zwei verbliebenen Bauten der Nachkriegsmoderne in der Potsdamer Innenstadt, dem Wohnhaus am nunmehr ehemaligen Staudenhof und dem ehemaligen Terrassenrestaurant *Minsk*?

Beide Gebäude würde ich gern erhalten. Der geplante Abriss des Staudenhofes würde für die städtische *ProPotsdam* einen Millionenschaden bedeuten. Das Wohnhaus muss natürlich saniert werden. Kleine Wohnungen mit günstigen Mieten werden dringend benötigt. Das *Minsk* sollte im städtischen Eigentum bleiben und trotz seines schlechten Zustandes als wertvolles Architekturzeugnis der DDR-Zeit erhalten werden. Ich kann mir eine öffentliche Nutzung als Kita oder Schule vorstellen. Aber auch ein Kunsthaus mit Ausstellungsflächen und mit Proberäumen im Keller wäre eine interessante Variante.

Wie stellen Sie sich die Entwicklung des historischen Ortes Garnisonkirche vor?

Ich wünsche mir an dieser Stelle einen Lern- und Erinnerungsort, der sich mit der Militärgeschichte der Stadt und mit ihrer NS-Zeit auseinandersetzt. Der historische Ort ist eigentlich zu schade für das selbstgebastelte Geschichtsbild der *Garnisonkirchenstiftung*. Hier sollte eine anerkannte wissenschaftliche Einrichtung nach modernen Konzepten arbeiten. Dazu wird keine Turmatrappe benötigt und das Rechenzentrum kann gern stehen bleiben.

7. Rechenzentrum und Kultur- und Kreativwirtschaft

Das Rechenzentrum (RZ) wird seit 2015 als Kunst- und Kreativhaus zwischengenutzt und hat in dieser Funktion über Potsdam hinaus Bekanntheit erlangt. Es soll 2023 abgerissen werden, obwohl eine Sanierung möglich ist und nachhaltiger wäre, als die Errichtung eines Ersatzgebäudes. Nach jetzigem Planungsstand wird der Neubau im Bereich der alten Feuerwache erhebliche Einschränkungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft mit sich bringen: Er wird weniger Raumfläche bieten, soll nur auf bestimmte Branchen fokussiert sein und lässt Mietpreise erwarten, die viele der jetzigen Nutzer des Rechenzentrums nicht bedienen können.

Wie stehen Sie zum geplanten Abriss des Rechenzentrums?

Für den Abriss des Rechenzentrums gibt es keinen vernünftigen Grund. Es ist doch ein Witz, dass die *Garnisonkirchenstiftung* den Abriss fordert, um das Baufeld für das Kirchenschiff freizubekommen. Trotz aller Trickereien und trotz ständiger Griffe in öffentliche Kassen ist bislang noch nicht mal der Aufbau der Turmatrappe ausfinanziert. Der Aufbau des Kirchenschiffes ist völlig unrealistisch. Als Oberbürgermeister würde ich der Stiftung mal klarmachen, wo ihre Grenzen sind: Sie muss der Verlängerung der Mietverträge zustimmen, darf aber den Abriss von Gebäudeteilen erst verlangen, wenn unmittelbar Baumaßnahmen anstehen, denen das RZ im Wege ist. Ich würde doch als OB nicht hinnehmen, dass die *Garnisonkirchenstiftung* die Nutzung des Rechenzentrums beenden will, ohne dass das Gebäude ihren eigenen Zielen überhaupt im Weg steht. Ehe das RZ leersteht und verfällt, würde ich eine Weiternutzung ohne Mietverträge dulden. Ich bin sicher, dass der Bedarf vorhanden ist.

Welche Forderungen haben Sie an Lage, Gestaltung, Nutzung des geplanten Ersatzbaus?

Kunst und Kreative brauchen noch mehr Räume in der Innenstadt. Ich kann mir ein Kunsthaus im *Minsk* und ein Bandhaus im *Freiland* vorstellen. Wenn sich Künstler*innen selbst neue Räume auf der Plantage bauen wollen, unterstütze ich das gern. Aber alle diese Ideen sehe ich als zusätzliche Möglichkeiten, den Raummangel abzubauen. Ein Ersatz für das Rechenzentrum wird aus meiner Sicht nicht benötigt, weil das Gebäude sicher auch in 20 Jahren noch stehen und genutzt werden kann.

8. Wohnen

Die Landeshauptstadt Potsdam beschloss 2014 ein *Wohnungspolitisches Konzept*, das eine Reihe von Handlungsfeldern und Maßnahmen enthält.

Was ist Ihre Einschätzung?

Nachdem Stadt und *ProPotsdam* das Konzept feierlich und öffentlich unterschrieben habe, halten sie sich nicht daran. Bis heute werden Grundstücke und Wohnungen munter weiter verkauft – und das meist zum Höchstgebot. Meine Einschätzung ist daher, dass das *Wohnungspolitische Konzept* nur eine Alibifunktion in der Stadtpolitik hat.

Welche der Maßnahmen waren bisher erfolgreich, welche nicht?

Der Neubau hochpreisiger Wohnungen hat offensichtlich nicht dazu geführt, dass die Potsdamer Wohnungsmieten gebremst werden. Durch Ausverkauf und Neubau am Bedarf vorbei wurde lediglich der Zuzug angeheizt. Dauerhaft günstige Mieten lassen sich am besten durch eine bedarfsgerechte preiswerte Sanierung im städtischen Wohnungsbestand erreichen. Diese Einschätzung teilt auch die Stadtverwaltung selbst. Solange die Erkenntnis in der Potsdamer Wohnungspolitik aber keine Konsequenzen hat, werden auch die Einzelmaßnahmen des *Wohnungspolitischen Konzeptes* kaum etwas bewirken.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf und welche Schwerpunkte muss sich die Landeshauptstadt Potsdam in der Wohnungspolitik setzen?

Die Stadt benötigt einen möglichst großen eigenen Wohnungsbestand in allen Stadtteilen. Sie darf nicht die letzten Grundstücke verkaufen, sondern muss sogar wieder Grundstücke und Wohnungen erwerben. Im eigenen Wohnungsbestand darf die städtische *ProPotsdam* nicht an steigenden Mieten mitverdienen wollen. Stattdessen muss die Wohnungsvorsorgung für diejenigen im Mittelpunkt stehen, die sich nicht jeden Mietpreis leisten können. Alternative Wohnprojekte wie das *Projekthaus Babelsberg* haben in den letzten Jahren bewiesen, dass deutlich preiswerter gebaut werden kann, als es bislang bei städtischen Vorhaben der Fall ist. Ich bin sicher, die *ProPotsdam* hat eine Menge Luft nach oben, wenn die Stadt Potsdam in der Gesellschafterversammlung durch einen Oberbürgermeister vertreten wird, der vom städtischen Wohnungsunternehmen zuallererst preiswerte Wohnungen erwartet.